

RITA SÜSSMUTH

Zuwanderung: Kulturelle Chancen und Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft

Einleitung

Wir leben erneut in einer Zeit weltweiter Migration. Das ist ein unwiderlegbarer Tatbestand, auf den wir uns einzurichten haben. Deutschland ist seit langem ein Einwanderungsland, in dem Zugewanderte inzwischen in der zweiten und dritten Generation leben.

Menschen verlassen ihre Heimat, wandern über Grenzen hinweg, suchen Aufnahme in einem Land ihrer Hoffnung. Mehr als 12,15 Millionen sind auf der Flucht, überwiegend in den Nachbarländern ihrer Heimat. Politische Verfolgung, Krieg, Armut und Naturkatastrophen haben sie zur Flucht gezwungen.

Andere sind freiwillig unterwegs in andere Länder: Wissenschaftler, Künstler, Sportler, Musiker sowie Fachkräfte und Vertreter der Wirtschaft nutzen ihre Chancen in einer globalisierten Welt, die weltweite Kommunikation und Mobilität ermöglicht. Sie kommen aus allen Erdteilen: Asien, Afrika, Osteuropa, Lateinamerika.

Bevorzugte Länder und Kontinente für Neuzuwanderer sind USA, Kanada, Australien und Europa. Dabei begegnen sich unterschiedliche Kulturen und Religionen, Menschen mit verschiedensten Sprachen, eigener Lebensart und Lebensgewohnheiten.

Das empfinden viele als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität und nur eine Minderheit eher als Bereicherung. Von daher wird Fremden, dem Andersartigen eher ablehnend als bejahend begegnet. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf umzulernen – im Bildungsprozess wie im täglichen Miteinander. Denn wir haben es nicht nur mit einem Zeitalter der Migration, sondern zugleich mit einem Zeitalter interkulturellen Lernens zu tun, der Auseinandersetzung mit der eigenen und mit fremden Kulturen.

Deutschland – ein Zuwanderungsland

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Zuwanderungsland und wird auch in nächster Zukunft eins bleiben. Die deutsche Politik hat diese Tatsache jahrelang nicht anerkannt und Integrationspotential verschwendet. Weil Deutschland den dauerhaften Aufenthalt von Migranten und die kulturelle Vielfalt ihrer Gesellschaft verneinte und kein politisches Konzept der langfristigen Einbindung der Migranten verlangte oder verfasste, wurde viele Jahre die Integration vernachlässigt. Ohne eine klare Aufenthaltsperspektive in der Bundesrepublik Deutschland haben auch viele Zuwanderer Chancen verspielt, die deutsche Sprache zu lernen und sich in die Gesellschaft zu integrieren.

Im September 2000 beauftragte Bundesinnenminister Otto Schily die *Unabhängige Kommission »Zuwanderung«* unter meinem Vorsitz mit der Aufgabe, konkrete Empfehlungen für eine zukünftige Zuwanderung und Integration zu erarbeiten. Die überparteiliche Kommission mit Vertretern aus den Bereichen Wirtschaft, Gewerkschaft, mit Experten aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen, der Kirchen, des *Städtetags*, des *UNHCR* wie auch aus den Parteien entwickelte von September 2000 bis Anfang Juli 2001 ein Gesamtkonzept für ein Zuwanderungsgesetz.

Unsere Aufgabe war es, ein ganzheitliches Konzept zur arbeitsmarkt- und demographisch bedingten Zuwanderung, zu notwendigen Neuregelungen im Bereich der humanitären Verpflichtungen, zur Integration und zur besseren Organisation der Zuständigkeiten und Verwaltung vorzulegen. Unser Bericht trägt den Titel *»Zuwanderung gestalten – Integration fördern«*.

Unser Ziel war es, nicht nur auf kurzfristige, sondern gerade auf die mittel- und längerfristigen Anforderungen und Entwicklungen Antworten oder zumindest teilweise Antworten zu geben. Dazu waren wir auf Expertenwissen und verfügbare Forschungsergebnisse angewiesen. Wir haben eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben und Anhörungen mit Experten aus dem In- und Ausland durchgeführt. Zu den wichtigen Experten bei den Anhörungen zählten die in der Praxis Tätigen, Deutsche wie Nichtdeutsche, unmittelbar und mittelbar Betroffene.

Wir verfolgten einen ganzheitlichen Ansatz, bei dem Zuwanderung und Integration eine Einheit bilden, aber auch Öffnung und Begrenzung, Rechte und Pflichten. Wir fragten nach dem Verhältnis von Bereicherung und Belastung, nach Möglichkeiten, Abwehr zu verringern und Akzeptanz zu erhöhen, nach guten Integrationskonzepten und den dazu erforderlichen Maßnahmen. Wir entwickelten Vorschläge zur Durchlässigkeit unseres Systems, das heißt Zuwanderung nicht nur von außen, sondern auch für die bei uns seit vielen Jahren lebenden Flüchtlinge.

Der darauf folgenden Gesetzesinitiative *»zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern«* (*»Zuwanderungsgesetz«*) hat den Willen gezeigt, den bisherigen Zuwanderungskurs deutlich ändern zu wollen. Die Art, in der dieses Gesetz vom Bundesrat verabschiedet wurde und woran das Gesetz im

Dezember 2002 mit dem Urteil des *Bundesverfassungsgerichtes* scheiterte, unterstreichen, dass die deutsche Politik nur am Anfang eines Paradigmenwechsels steht.

Das Zuwanderungsgesetz wurde im Januar erneut unverändert von der Bundesregierung in den Bundesrat eingebracht. Die *CDU/CSU* hat mit 137 Änderungsanträgen eine grundlegende Neuausrichtung des Gesetzes gefordert. Die wichtigsten Forderungen sind:

- *Arbeitsmigration*: Der Anwerbestopp soll aufrecht erhalten werden, hochqualifizierte Arbeitskräfte sollen einwandern dürfen mit einer Aufenthaltserlaubnis zunächst befristet auf fünf Jahre und nach dem Prinzip des Vorrangs von deutschen und EU-Bürgern.
- *Ehepartner*: Ehepartner sollen erst nach einem vierjährigen Aufenthalt (statt vom Gesetz vorgeschlagen zwei Jahren) ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekommen.
- *Familiennachzug*: Das Familiennachzugsalter soll gesenkt werden auf zehn Jahre ohne Ausnahmeregelung.
- *Flüchtlinge*: Opfer von nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sollen keinen verbesserten Aufenthaltsstatus bekommen. Sie sollen weiterhin ihren ungesicherten Flüchtlingsstatus behalten.
- *Integration*: Änderungsanträge aus Bayern und Saarland verlangen die Übernahme der Integrationskosten durch den Bund und eine Kostenverlagerung auf die Zuwanderer. Sie sollen am Anfang des Visumverfahrens eine Art »Kautions« hinterlegen, die zum Teil nach der Teilnahme an den Integrationskursen zurückgegeben werden.
- *Staatsangehörigkeitsrecht*: Dieses Recht soll nur an in Deutschland geborene ausländische Kinder verliehen werden, wenn bereits ein Elternteil in Deutschland geboren wurde. Dies bedeutet, dass Ausländer der dritten Generation erst durch das *ius-soli*-Prinzip Staatsbürger werden könnten.
- *Straftäter*: Ausländische Jugendliche, die in einem Jugendstrafverfahren mehr als ein Jahr Haft bekommen, sollen ausgewiesen werden können.

Das bisherige Gesetz ist bereits ein Kompromißgesetz. Die geforderten Verschärfungen werden zu sehr schwierigen Verhandlungen führen. Die Entscheidung über das Zustandekommen eines modifizierten Zuwanderungsgesetzes fällt im Vermittlungsausschuss. So dringlich die Gestaltung der Zuwanderung und der Integration ist, der Ausgang der Beratung bleibt weiterhin offen.

Das *Bild der Zuwanderer* wird oft vereinfacht in Politik, Gesellschaft und den Medien dargestellt. Zu oft wird die Frage der Zuwanderung ausschließlich in einem Kosten-Nutzen-Schema diskutiert und als Basis für die Meinungsbildung verwendet. Aspekte der kulturellen Bereicherung, des internationalen Wissensaustauschs und der Vernetzung sowie der demographischen Notwendigkeit stehen als Entscheidungskriterien weniger im Vordergrund.

Dabei ist die Frage der Zuwanderung in Deutschland kein Nullsummenspiel. Das bedeutet, dass sich die Zuwanderer nicht unabhängig von der Entwicklung

der einheimischen Gesellschaft verhalten, sondern dass sich die Gesamtgesellschaft gemeinsam und abhängig von ihrem Zuwandereranteil verändert. Die Entwicklung der Zuwanderer und der Gesamtgesellschaft gehören untrennbar zusammen. Infolgedessen kann der politische und gesellschaftliche Umgang mit der Zuwanderung als eine Art Zugewinnngemeinschaft verstanden werden, weil in der Zukunft die Teilgesellschaften (Zugewanderte und Ansässige) entweder gemeinsam gewinnen oder gemeinsam verlieren. Nach den neuesten Statistiken aus dem Jahr 2000 liegt der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung bei 8,9 Prozent. Das sind ca. 7,3 Millionen Menschen.

Ein Maßstab, an dem die *Integration* gemessen werden kann, ist die Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems, Schüler mit Migrationshintergrund erfolgreich auszubilden und dadurch die Chancengleichheit zu verbessern. Die Integration wird erleichtert, wenn neben kulturellen Unterschieden keine zusätzlichen und massiven »social cleavages« wie ökonomische und sozial bedingte Bildungsunterschiede zwischen den Zugewanderten und den deutschen Jugendlichen die Zusammenführung erschweren. Diese Aufgabe im Bildungsbereich ist besonders wichtig für die zweite und nachfolgende Zuwanderungsgenerationen. Diese Generationen sind in der deutschen Gesellschaft aufgewachsen und bieten die Möglichkeit, von ihr gesteuert und geprägt zu werden.

Die bessere Integration in die deutsche Gesellschaft kann aber nicht nur durch die neue Gesetzgebung stattfinden. Die aktive Teilnahme der deutschen Bürger und der Zuwanderer an diesem Prozess ist unverzichtbar. Die aktive Teilhabe der Gesellschaft an der Integration wird für die Zukunft des Zusammenlebens mit Jugendlichen entscheidend sein.

Obwohl Deutschland kein klassisches Einwanderungsland ist, wurde es – wie auch andere Zuwanderungsländer dieses Jahrhunderts – zum Zielland von Zuwanderung. Gegenwärtig gibt es nirgendwo auf der Welt ein Land, das noch ein Einwanderungsland im klassischen Sinne ist – mit offenen Grenzen, das die Verfolgten und Armen anderer Länder rekrutiert. Der einzige Unterschied heute zwischen Deutschland und den ehemaligen »klassischen« Zuwanderungsländern ist, dass die Zuwanderungssteuerung in der Bundesrepublik Deutschland erst eine Tradition zu bilden beginnt.

Weil Deutschland in Zukunft ein *Zielland der globalen Zuwanderung* bleiben wird, ist die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit und der Dialog über dieses Thema weiterhin dringend, bis ein augenscheinlicher Paradigmenwechsel in Gesellschaft, Politik und Medien vollzogen ist. Die Bearbeitung dieses Themas und der Umgang mit Zuwanderung wird den zukünftigen Erfolg der deutschen Gesamtgesellschaft bestimmen. Die große Aufgabe, eine Tradition der Zuwanderungssteuerung und Integration in Deutschland zu bilden, stellt insbesondere angesichts der kulturellen Vielfalt eine Herausforderung und eine Chance zugleich dar. Es gibt über 120 Staaten, die in der Bundesrepublik diplomatisch und kulturell vertreten sind. Ende 2000 waren 25,7 Prozent aller in Deutschland lebenden Ausländer Staatsangehörige der EU-Mitgliedstaaten. Interessant ist, dass die Herkunft der

zwei größten Zuwanderungsgruppen sich außerhalb der EU befindet. Die größte Zuwanderungsgruppe bildeten Ende 2000 die türkischen Staatsbürger mit 2 Mio. Personen (27,4 % der ausländischen Bevölkerung), die zweitgrößte waren Staatsangehörige der Bundesrepublik Jugoslawien mit 662 495 Personen (9,1 % der ausländischen Bevölkerung). In Deutschland leben 3 Millionen Muslime, in Frankreich 6 Millionen, in der Europäischen Union insgesamt 20 Millionen.

Der Umgang mit kultureller Vielfalt

Je mehr Menschen auf der Flucht sind und Zuflucht in sicheren Ländern suchen, desto schärfer wird die Frage der Aufnahmefähigkeit und der Integrationsmöglichkeit gestellt.

Die Debatten beziehen sich nicht nur auf die hohen Sozialkosten, sondern mit oft noch größerer Leidenschaft auf die Frage, welche Kulturen miteinander vereinbar und unvereinbar seien. Nach den Terroranschläge vom 11. September 2001 wurde immer häufiger die These von der Unvereinbarkeit der muslimischen und der europäischen Kultur zum Thema gemacht: Die politisch Verantwortlichen in Deutschland riefen zum Dialog der Kulturen auf, aber in der Öffentlichkeit wurde das Trennende zwischen den Kulturen zur Hauptfrage erhoben. Es bedarf großer geistiger Anstrengungen, um das Verbindende zwischen den Kulturen überzeugend herauszuarbeiten und zu vermitteln. Auf der einen Seite sind die Grenzen zum Fundamentalismus im Islam deutlich zu ziehen, andererseits gilt es, den muslimischen Glauben nicht pauschal als fundamentalistisch einzustufen, sondern als Weltreligion besser kennen zu lernen.

Es ist dringend erforderlich, den Dialog zwischen den verschiedenen Kulturen und Religionen, insbesondere zwischen Christen, Juden und Muslimen zu führen, um mit den gemeinsamen Werten und den Unterschieden vertraut zu werden. Kenntnisse allein genügen nicht. Entscheidend sind die Einstellung, die Akzeptanz und die prinzipielle Wertschätzung der Religion und Kultur des Anderen.

Ein friedliches Miteinander ist aber nicht möglich ohne die Anerkennung der Verfassung und Gesetze durch alle, die in einem Land leben. Das ist kein leicht zu erreichendes Ziel. Der Prozess geht einher mit Spannungen und Konflikten, Fremdheiten und Annäherungen, Abgrenzungen und Offenheit auf der Seite aller Beteiligten. Wer für sich in Anspruch nimmt, den allein wahren Standpunkt, die Wahrheit, zu vertreten, der schließt kulturelle Vielfalt aus. Dort kann ein friedliches Miteinander nicht gelingen. Insofern ist der Frage der kulturellen Grenzen nicht einfach mit Abwehr zu begegnen, sondern sie ist argumentativ aufzunehmen und zu erörtern. Wo von Grenzen die Rede ist, haben wir es zugleich mit Begrenzungen und Entgrenzungen zu tun.

Staatliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Grenzen sind von Menschen gemacht; anders ist es bei Grenzen, die wir in Form von Meeren, Bergen oder auch Wüsten vorfinden. Aber selbst diese versucht der Mensch technisch zu überwinden. Grenzen dienen der Absicherung des eigenen Staatsgebietes. Die Be-

*Zwanderung:
Kulturelle
Chancen und
Herausforderung
für Politik,
Gesellschaft und
Wirtschaft*

deutung des eigenen Staats in gesicherten Grenzen ist umso zentraler, je weniger dessen Existenz gewährleistet ist. Beispielhaft sind hier Polen, Israel und Palästina zu nennen. Polen mit seiner 120-jährigen Geschichte von Eroberung und Teilung hat bis 1990 um die Anerkennung seiner Grenzen gekämpft. Es geht um Sicherheiten und Zugehörigkeit der Bürgerinnen und Bürger, um nationale und kulturelle Identität wie auch um die Beziehungen zu den angrenzenden Nachbarstaaten.

Jede einzelne Nation hat ihre eigene Geschichte, ihre Tradition, ihre Sprache und Religion(en), ihre Rechtsordnung, Lebensart und Lebensgewohnheiten. Wir sprechen von der jeweils eigenen Kultur, die gewachsen ist im Austausch mit Menschen anderer Kulturen. In der Vergangenheit wurde zu wenig darüber aufgeklärt, in welchem Maße die verschiedenen Kulturen von außen beeinflusst worden sind, welchen Beitrag dazu gerade auch die europäische und außereuropäische Migration geleistet hat.

Die Annahme, dass Menschen möglichst homogene Kulturen brauchen, ist eine Fiktion. Einheitliche Sprache, eine Religion, eine Nationalität und einheitliche Lebensart sind Konstrukte, spiegeln aber nicht die Realität menschlichen Zusammenlebens. In den meisten Staaten der Welt haben wir es mit heterogenen Kulturmustern und Lebensformen zu tun: Vielfalt der Sprachen, der Religionen, der Geschichte und dennoch eine für alle verbindliche Verfassung, verbindliche Gesetze mit verbindlichen Werten und Normen, die den Alltag des Zusammenlebens prägen.

Menschen sind es, die Grenzen öffnen und sie verschieben, sie sogar aufheben, aber auch abschotten und blockieren. Grenzen können ebenso offene wie verschlossene Tore sein. So hat die Europäische Union Grenzen abgebaut, Grenzkontrollen zur Ausnahme gemacht, aber gleichzeitig die Außengrenzen verstärkt, den Zugang für Angehörige aus Drittstaaten erschwert. Innerhalb der EU sind die Binnengrenzen fast bedeutungslos. Was die Angehörigen innerhalb der EU verbindet, ist mehr als der freie Warenverkehr, die Freizügigkeit der EU-Bürger. Entscheidend ist bei allen kulturellen Unterschieden die gemeinsame Wertegemeinschaft, die kulturelle Identität.

Kulturelle Identität entsteht durch Aneignung der eigenen Geschichte und durch Vergleich mit anderen Kulturen. Die Frage lautet: Wer bin ich im Vergleich zu anderen, zu unseren westlichen und östlichen Nachbarn, zu Amerikanern, Asiaten oder Afrikanern. Dabei wird bewusst, wie schwierig die genauen Abgrenzungen sind, wie stark die eigene Kultur von anderen Kulturen immer wieder beeinflusst wurde, von der griechischen, römischen, der jüdischen und arabischen Kultur.

Wo Menschen von einem zu einem anderen Land wandern, kommt es zu kulturellen Begegnungen. So haben die Hugenotten französisches Denken und Leben nach Brandenburg gebracht. Der Preußenkönig Friedrich der Große holte französische Philosophen und Literaten in sein Land.

Die Polen brachten ihre Kultur nach Deutschland und umgekehrt die Deutschen ihre Kultur nach Polen, Russland, in die Ukraine und in die baltischen Staa-

ten. Vieles geschah freiwillig, vieles auch durch Fremdherrschaft. Viel älter als die nationalen Kulturen ist die europäische Kultur.

Die europäische Kultur mit Ihren Facetten aus Ost und West, Nord und Süd war höchst heterogen, nicht homogen. Und doch gibt es bestimmte dominante Merkmale, die sie von anderen unterscheidet.

Mit europäischer Kultur verbinden wir: den antiken und den modernen Humanismus mit stark philosophischer Verankerung, die jüdische und christliche Religion mit ihren Menschenbildern, ihrer Eschatologie, ihrer Freiheits- und Verantwortsethik, ihrer Liebes- und Erlösungsbotschaft, der christlichen Soziallehre, der Identität und Würde der Person. Hinzu kommt die hohe Bedeutung des Rechts und des Rechtsstaats, die Aufklärung, die Entstehung der Demokratie und der Menschenrechte sowie der – wenn auch späten Anerkennung – Gleichberechtigung von Mann und Frau, des Rechtsschutzes der ethnischen und kulturellen Minderheiten, der Religionsfreiheit wie der Meinungsfreiheit.

In den europäischen Verfassungen sind die gemeinsamen, die Europäer verbindenden, Werte festgehalten. Der Zugang zur Europäischen Union ist an zentrale Voraussetzungen gebunden: an die Anerkennung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, freie- und soziale Marktwirtschaft sowie die Einhaltung der Menschenrechte, den Minderheitenschutz und den Flüchtlingsschutz.

Im Streit um die Zuwanderungspolitik der Europäischen Union wird gefragt: Wer sollte in Europa zuwandern? Wie viel kulturelle Vielfalt vertragen die Mitgliedstaaten der EU? Bei diesen Fragen werden die alten Ängste und Abwehrmechanismen deutlich verstärkt. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 in New York, terroristische Anschläge in verschiedenen Regionen der Welt vertiefen die Kluft zwischen den Kulturen – insbesondere die zu den muslimischen Kulturen. Sie werden pauschal als unvereinbar mit der europäischen Kultur, ihren Werten und Normen beurteilt. Zuwandern sollen ausschließlich Migranten aus Europa oder europäischen Kulturen wie Lateinamerika, so lauten Forderungen aus EU-Mitgliedstaaten, auch aus Deutschland.

Aber in Europa leben 20 Millionen Muslime, europäisch und demokratisch gesinnte, gut integrierte mit qualifizierten Schul- und Berufsabschlüssen, gläubig und säkular ausgerichtete Muslime, die die Verfassung wie auch die Gesetze kennen und achten. Daneben gibt es fundamentalistische Minderheiten.

Dennoch kommt es entscheidend darauf an, den Blick nicht einseitig auf das Andersartige und Trennende, sondern auf das Gemeinsame und Verbindende zu richten, sich mit dem Koran und seiner Interpretation vertraut zu machen, statt auf der Grundlage von vermeintlichem Wissen und Vorurteilen eine Unvereinbarkeit apodiktisch und pauschal zu behaupten.

Insofern leben wir nicht nur in einer Zeit der Migration, sondern vor allem auch in einer Zeit des interkulturellen Lernens und der Auseinandersetzung mit der eigenen und den uns fremden Kulturen.

Das ist eine immense Herausforderung, ein schwieriger, konflikthafter aber auch bereichernder Prozess, der unser Denken und Handeln erweitert. Je schwä-

*Zwanderung:
Kulturelle
Chancen und
Herausforderung
für Politik,
Gesellschaft und
Wirtschaft*

cher unsere eigene Identität ist, je weniger wir von uns selbst wissen, desto geringer ist die Bereitschaft, sich dem Unbekannten gegenüber zu öffnen, sich mit ihm vertraut zu machen und es anzuerkennen. Dabei gibt es Grenzen des Verstehens wie auch Grenzen der Toleranz. Die Verweigerung der Menschenrechte, die Absage an Gleichberechtigung von Mann und Frau, die willkürliche Gewaltanwendung, Unterdrückung und Folter können und dürfen nicht hingenommen werden. Das Miteinander in Europa erfordert die in unseren Verfassungen und Gesetzen verankerten Werte und Normen. Aber kulturelle Unterschiede sind nicht gleichzusetzen mit kulturellen Grenzen, die als unüberbrückbar erscheinen. Grenzen wahrzunehmen kann nicht beinhalten, sie hinzunehmen und zu belassen wie sie sind.

Manche Menschen bauen mentale Grenzen auf, um sich vor Veränderungen zu schützen und das Andersartige fernzuhalten. Jeder hat das Recht, seinen Grad der kulturellen Öffnung selber zu bestimmen, solange er oder sie sich an die Werte der Verfassung und die Gesetze halten. Das heißt, dass die von diesen Personen gebildete kulturelle Grenze nicht zur Abwertung der Kultur des Anderen und zur Anwendung von Gewalt führen darf und damit zu verfassungswidrigem Verhalten. Die Verfassung mit ihren Normen und Werten muss für alle verbindlich sein. Gleichzeitig gilt es, die Vielfalt der Kulturen zu ermöglichen. Je neugieriger und offener Menschen miteinander umgehen, desto stärker können gesellschaftliche Bindung und gesellschaftliche Integration verwirklicht werden.

Interkulturelles Lernen

Wir kennen es nicht nur aus den so genannten klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada oder Australien: Durch Zuwanderung werden neben der Lösung der drängendsten Probleme der Arbeitsmärkte auch ganz entscheidende Anstöße in Wissenschaft, Forschung und Technik, in der kulturellen Entwicklung und allen gesellschaftlichen Teilbereichen ausgelöst. Kulturelle Vielfalt und interkultureller Austausch sind eine *Chance zur Innovation*.

Zuwanderer, die gebraucht werden, sind in aller Regel eher akzeptiert als jene, die in ihrer Not auf Hilfe und Schutz im Aufnahmeland angewiesen sind. In Deutschland werden Ausländer vor allem in den beiden letzten Jahrzehnten als Belastung, nicht als Bereicherung gesehen, mehr als Bedrohung der eigenen kulturellen Identität denn als Erweiterung der eigenen Identität. Nie zuvor haben so viele Menschen über das Fernsehen und durch Reisen in die entferntesten Länder einen vergleichbaren Zugang zu fremden Kulturen gehabt. Aber Urlaubs- und Studienreisen sind etwas anderes als mit Menschen unterschiedlicher Kulturen im Alltag zu leben. Die Tatsache, dass in Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten viele Türken leben – gegenwärtig sind es 2 Millionen¹ –, hat uns mit türkischer Kultur und islamischer Religion nicht vertrauter gemacht. Wir wissen zu wenig über die regionalen und sozialen Unterschiede, über die religiös gebundenen oder

die säkular ausgerichteten Türken. Moscheen sind in großer Zahl entstanden, aber vielerorts keineswegs akzeptiert. Die Vorstellung vom Inhalt des Korans beruhen stärker auf Vorurteilen und Klischees als auf Kenntnissen.

Austausch zwischen den verschiedenen Kulturen, interkultureller Dialog, das sind Themen, die in Verbindung mit der Globalisierung und nach den fundamentalistisch motivierten Terroranschlägen hoch im politischen Kurs stehen, aber keine entsprechende Resonanz in der Bevölkerung finden. Es ist nicht die Zeit der Offenheit für fremde Kulturen, der Neugier und des Verstehens. Vorherrschend sind in weiten Bevölkerungsteilen gegenwärtig Ängste, Abwehr und Abgrenzung. Die Zahl der Fremden, der Zuwandererinnen und Zuwanderer soll stärker begrenzt, die Anforderung an Integration soll eher verschärft werden.

Die jüngste Gesetzgebung in Dänemark ist ein Beispiel für den konflikthaften und zurückweisenden Umgang mit Migranten, vor allem aus außereuropäischen Kulturkreisen. Die Maßnahmen beinhalten: Ausschluss von dänischen Sozialleistungen für einen Zeitraum von acht Jahren; Heraufsetzung des Heiratsalters bei Heirat mit einem Ausländer auf 24 Jahre; kein Aufenthaltsrecht ohne Sprachkenntnisse, die dem Sprachvermögen eines 14-jährigen Dänen in der 9. Klasse entsprechen; kein Aufenthalt für Ehepaare, sofern ein Partner seiner nichteuropäischen Herkunft verbunden ist; Verlust des Aufenthaltsrechts, wenn sich ein Zuwanderer verschuldet.

Dänemark ist nur eines von mehreren Beispielen für eine verstärkte Anti-Zuwanderungspolitik in EU-Mitgliedstaaten. Diese Tendenz wird durch die erhöhte illegale Zuwanderung aus Armuts- und Spannungsgebieten Osteuropas und des Nahen Ostens verstärkt. Die Antwort auf Integrationsdefizite lautet zum Beispiel in Dänemark nicht, verbesserte Angebote und wirksamere Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und Beteiligung am Arbeitsmarkt zu schaffen. Es werden stattdessen rigide, abschreckende Anforderungen und die Ausgrenzung von der Minimalversorgung in Notlagen beschlossen.

Die Kriterien für Integration sind klar vorgegeben: Eine Chance auf ein befristetes Aufenthaltsrecht haben hochqualifizierte, über ein eigenes Berufseinkommen abgesicherte und kulturell assimilierte Migranten. Integration wird hier als einseitige, vom Zuwanderer zu leistende Anpassung an das Aufnahmeland verstanden, nicht als zweiseitiger Prozess von Rechten und Pflichten. Die Chancen eines interkulturellen Austauschs sowie der Innovation durch interkulturelle Kreativität und Problemlösung im wissenschaftlichen, technischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich haben unter diesen Voraussetzungen keinen nennenswerten Stellenwert. Es geht vielmehr ausschließlich um den Erhalt der eigenen Kultur. Diese gilt als fortschrittlich und modern, während die Kultur der Anderen als rückständig und entwicklungsbedürftig eingestuft wird. Die Fragen, wie viel an Pluralität, an Verschiedenheit akzeptabel ist und wie viel an gemeinsamen Werten und Normen für ein friedliches Miteinander erforderlich ist, stehen nicht zur Diskussion. Es geht vielmehr darum zu gewährleisten, dass die eigene Kultur vor fremden Einflüssen und vor Überfremdung geschützt wird.

*Zwanderung:
Kulturelle
Chancen und
Herausforderung
für Politik,
Gesellschaft und
Wirtschaft*

Integration ist abhängig von der Bereitschaft, sich an den Werten, Normen und Lebensweisen des Aufnahmelandes zu orientieren, diese anzuerkennen und zu berücksichtigen. Aber sie ist auch abhängig von der Achtung der Kulturen, aus welchen Migranten kommen. Sie wollen ihre kulturelle Identität nicht verleugnen müssen, sondern diese auch mitteilen und pflegen können. Wenn wir selbst weiter lernen, uns weiter entwickeln wollen, brauchen wir die Begegnung und den Austausch mit Menschen aus anderen Kulturen, verbunden mit dem Wissen um Gemeinsamkeiten und Unterschiede.

Über alle Unterschiede in der Religion, Kultur, Weltanschauung, Sprache oder Hautfarbe hinweg, verbindet uns die gemeinsame menschliche Natur. Wenn wir auf dem Weg zur modernen Informationsgesellschaft die Kommunikationsfähigkeit zwischen den Menschen, die Entwicklung der Medienkompetenz, soziales und interkulturelles Lernen stärken, schaffen wir zugleich auch die Voraussetzungen für die politische und die moralische Entwicklung in unserer Gesellschaft, die wir für eine demokratische Streitkultur brauchen, die ein friedliches Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Wertvorstellungen, Identitäten und kulturellen Lebensentwürfen möglich macht.

Immer deutlicher wird auch, dass interkulturelle Kompetenz und Weltoffenheit die wesentlichen Standort- und Entwicklungsfaktoren für die Zukunft sind. Das gilt für neue Investoren ebenso wie für »begehrte« Fachkräfte. Wer bei uns hochmotiviert und erfolgreich arbeiten soll, der braucht aber auch ein Gefühl, angenommen und anerkannt zu sein. Wenn wir international auf den globalen Märkten heute und in Zukunft erfolgreich sein wollen, müssen wir in der Lage sein, Fremdenfeindlichkeit zu bekämpfen und die bekannten Integrationsprobleme zu lösen. Die internationale Kooperation von Firmen, Organisationen und Institutionen erfordert nicht nur Sprachfähigkeit, sondern umfassende interkulturelle Kompetenzen und Integrationspotentiale, über die wir bisher noch nicht hinreichend verfügen. Kulturelles und Wirtschaftliches verbinden sich auf das Engste, wenn wir uns die international zusammengesetzten Teams in der Forschung vor Augen führen. Es geht um wechselseitige Inspiration, um intuitives und deduktives Denken, um System- und Erfahrungslernen. Nur so kommt neues Denken, kommen neue Erfindungen und Problemlösungen zu Stande.

Dazu ein Alltagsbeispiel: Obwohl die Akupunktur nach westlichem Wissenschaftsverständnis in der Medizin nicht anerkannt ist, lässt sich ihre Wirksamkeit faktisch nachweisen. Nach jahrelangem Widerstand stößt sie auf wachsendes Interesse bei deutschen Ärzten, die sich auf diese Methode einlassen, ohne sie nach dem in der Wissenschaft geltenden Ursache-Wirkungsprinzip erklärt haben zu wollen.

Verschiedene Kulturen haben unterschiedliche Zugänge zur Erschließung und zum Verstehen von Mensch und Welt. Sie ergänzen sich, erweitern unsere Lern- und Erkenntnismöglichkeiten, unsere Handlungsspielräume und unsere Chancen zur Veränderung. Wir sollten den Geist schärfen und wachsam sein gegen alles, was zur Herrschaft über Menschen führt, zu ihrer Unterdrückung und

Manipulation, wachsam sein gegenüber Allmachtsansprüchen und Heilsideologien pseudoreligiöser oder säkularer Ausprägung. Aber wir sollten offen und neugierig bleiben gegenüber dem, was wir nicht kennen, was andersartig und Neuland für uns ist.

Wie wir mit Zuwanderung, Flucht und Asyl rechtlich umgehen, können wir nicht allein auf nationaler Ebene regeln. Hier bedarf es gemeinsamer europäischer Entscheidungen. Das war bisher kein gern diskutiertes Thema. Aber auch hier zeichnet sich ein Wandel ab. Die produktive Suche nach Lösungen hat allerdings erst begonnen. Ein gutes Stück Weg liegt dabei noch vor uns.

Wie wir aber miteinander leben, bestimmen wir selbst. Hier können wir ohne gesetzgeberische Maßnahmen viel verändern. Kommunikation und Vermittlung der jeweils anderen Kultur, Abbau von Ängsten durch Begegnung und die Stärkung des Bewusstseins, dass das »Andere« für alle eine Bereicherung sein kann, helfen hier schon viel weiter. Gefragt ist aber auch ein mutiges Auftreten gegen alle fremdenfeindlichen Aktivitäten in Wort und Tat.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Gestaltung von Einwanderung zu den zentralen politischen Themen der nächsten Jahre gehört. Wer über Einwanderung redet, spricht über die Zukunft Deutschlands und Europas. Das Thema ist nicht zuletzt auch deshalb ungeeignet für Abgrenzung und Abschottung. Was wir brauchen ist eine Konsenslösung, die über die Politik hinaus eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz findet. Komplexe Fragen sind nicht einfach zu beantworten.

Integration kann gelingen, wenn wir die kulturelle Vielfalt in unserem Land schätzen lernen, bereit sind, den Beitrag der Zugewanderten als Bereicherung unseres eigenen Lebens zu begreifen und wenn andererseits die Zuwanderer unsere Grundwerte respektieren und leben.

Es ist eine neue Einübung in ein Miteinander der Vielfalt und der Gemeinsamkeit, die die eigene Kultur nicht schwächt, sondern erweitert. Das ist eine große und auch spannende Herausforderung. An die technischen Revolutionen scheinen wir uns nach anfänglicher Ablehnung zu gewöhnen. Gegenüber den sozial-kulturellen Veränderungen leisten wir teilweise noch immer massiven Widerstand. Wir haben Angst vor den damit einhergehenden Veränderungen in unserem Zusammenleben.

Noch wollen wir dem Wandel ausweichen, die Menschen in unserem Land vor den Realitäten schützen, mit falschen Fakten und Zahlen den Weg der Abwehr zu verlängern. Dieser Weg mag kurzfristig erfolgreich sein und auf Zustimmung stoßen. Aber er trägt weder mittel- noch langfristig.

Menschliche Vernunft und die eigenen Interessen werden sich durchsetzen. Das machen uns verantwortliche Kräfte in der Gesellschaft vor: Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbände, Kultur und Sport sowie engagierte Vereine von Migranten und Einheimischen. Die Politik sollte hinter diesem breiten gesellschaftlichen Konsens nicht länger zurückstehen und die Entscheidung treffen, die angesichts der Zukunftserfordernisse überfällig ist.

*Zwanderung:
Kulturelle
Chancen und
Herausforderung
für Politik,
Gesellschaft und
Wirtschaft*

Fazit

Alle Teile der Gesamtgesellschaft müssen sich mit dem Thema kulturelle Vielfalt, Zuwanderung und Integration in Deutschland auseinandersetzen. Jeder hat eine Teilverantwortung im Zuwanderungs- und Integrationsprozess: Es gilt, ein Verständnis für die kulturelle Vielfalt zu entwickeln, sich in seiner individuellen Identität an die Grundwerte der deutschen Gesellschaft zu binden und Chancengleichheit für alle Einwohner dieses Landes zu sichern. Dies verlangt eine Öffnung jedes Individuums und Mut. Die sozialen Ängste müssen abgebaut werden und die Menschen müssen die Herausforderung annehmen, mit der Vielfalt zu leben. Mit der aktiven Anerkennung, dass Deutschland ein Zuwanderungsland bleibt, kann man ein Migrationsbewusstsein und eine Tradition der Zuwanderungssteuerung und Integration bilden und die Chancen unserer vielfältigen Gesellschaft besser nutzen.

Kulturelle Grenzen waren und sind kein statisches Gebilde. Diese haben sich immer geändert und werden sich auch zukünftig ändern. Das kulturelle Zusammenleben fand mehrfach in Deutschland erfolgreich statt und ist kein Wunschbild. Dieser Prozess braucht aber Zeit und die Anstrengung sowie Bereitschaft aller Beteiligten. Der Prozess lebt von Gegenseitigkeit: Jeder Zugewanderte und jeder Einheimische ist auf wechselseitige Akzeptanz und Toleranz angewiesen. Friedliches Zusammenleben braucht Toleranz, Neugier, Kommunikation und Interaktion. Kulturelle Grenzen sind nicht Grenzen unserer Handlungsfähigkeit, sondern veränderbare Grenzen zur Erweiterung des Austausches zwischen Menschen und Völkern. Die Erweiterung kultureller Grenzen erfolgt nicht über einen Machtkampf zwischen den Kulturen, sondern über Kommunikation, Kooperation, wechselseitige Anerkennung und Wertschätzung. Kulturelle Grenzen sind geschichtlich entstanden, durch Menschen festgelegt. Aber sie waren nie statisch, sie wurden verschoben, erweitert, neu definiert. Sie veränderten sich über Jahrtausende hinweg bis zum heutigen Tag.

Neue Kulturen wurden entdeckt, die zum Teil auf alten Kulturen aufbauten. In unserem Jahrhundert hat der Austausch zwischen den Kulturen erheblich zugenommen. Er hat das Zusammenleben verändert und wird es weiter verändern. Interkulturelles Lernen und Leben wird für uns alle bestimmend und prägend sein.

WOLFGANG THIERSE

Vielfalt, Dialog und Gerechtigkeit – Kulturelle Herausforderungen der Globalisierung

Die europäische Kultur der Offenheit und ihre Grenzen

Fragen der Globalisierung rückten in den neunziger Jahren ins Zentrum vieler wissenschaftlicher und politischer Diskurse. Vor dem 11. September 2001 bezogen sich diese zumeist auf Wirtschaft, Finanzen und Umwelt. Seitdem richtet sich der Blick in verstärktem Maße auf die kulturelle Dimension der Globalisierung. Im Versuch, die Ursachen des Terrorismus zu verstehen (und zu bekämpfen), wurde auf eingängige Interpretationen vom Kampf der Kulturen von Samuel Huntington, Benjamin Barber, Manuel Castells und andere zurückgegriffen. Das – nicht gänzlich falsche – Bild verbreitete sich, im religiös-kulturellen Fundamentalismus die Rückseite der Globalisierung, der ungehinderten Ausweitung von Märkten, Informationen und kulturellen Mustern des *american-way-of-life*, zu sehen.

Verhängnisvoll wäre es jedoch, kulturelle Unterschiede per se mit feindseligem Konflikt gleichzusetzen. Gerade Fragen nach Unterscheidung und Zusammenhang von kultureller Selbstbehauptung einerseits und fundamentalistischer Politisierung kultureller Identität andererseits sind zentral geworden. Der Politikbegriff der Demokratie besteht eben nicht nur (anders als bei Carl Schmitt oder im Filmgenre des Westerns) aus Verfeindung, Kampf und *showdown*. Gerade in der globalisierten Welt muss Politik auch Verständigungsprozess zwischen Menschen sein, die sich bei aller kultureller Differenz prinzipiell als Gleiche gegenüberstehen.

Die politisch-kulturelle Identität der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur durch ihre nationale Geschichte, sondern vor allem durch ihre europäische Einbettung bestimmt. Nicht das Konstrukt einer »deutschen Leitkultur«, sondern unsere europäische Kultur basiert auf grundlegenden Werten des demokra-

tischen Rechtsstaates, der unbedingten Achtung der Menschenwürde, der Toleranz gegenüber »Anderen« und der mitmenschlichen Solidarität mit den anderen europäischen Nationen. Es geht nicht um Gegnerschaft gegen die außereuropäische Welt, nicht um einen Monopolanspruch für die Gestaltung der Welt, wohl aber darum, dass die gemeinsame Kultur der Europäer auf der Anerkennung verbindender Grundwerte der öffentlichen Kultur und des politischen Gemeinwesens – als unbedingte Verpflichtung für das Zusammenleben im eigenen Geltungsbereich – basiert.

In diesem Sinne plädieren wir für eine Kultur der Offenheit, für Dialog und nicht für Kampf. Doch bleibt wichtig, über Voraussetzungen, Probleme, ja auch über Grenzen kultureller Dialoge nachzudenken. Was ist mit denen, die sich nicht auf den Dialog einlassen, die ihren Kulturkampf mit einem doch irgendwie ungebrochenen Verhältnis zur Gewalt gewinnen wollen? Beim internationalen, fundamentalistisch motivierten Terror reichte kulturelle Abwehr offenbar nicht aus, darüber war sich eine weltanschaulich heterogene Koalition von Staaten in aller Welt einig. Doch jenseits davon, terroristische Netzwerke nicht dulden zu dürfen, gibt es zum Dialog wohl keine Alternative. Der Dialog muss auch da, wo Skepsis gegenüber den Ergebnissen überwiegt, immer wieder versucht werden, alles andere wäre ein Sieg der militärischen Logik des aggressiven Fundamentalismus.

Auch in Deutschland geht es um kulturelle Auseinandersetzung: zwischen dem durch die Personalisierung der Massenmedien begünstigten Gestus autoritärer Führung auf der einen Seite und den Werten einer demokratischen, offenen und toleranten Gesellschaft auf der anderen Seite. Kulturelle Stichworte unserer Politik sind hier jedenfalls die Akzeptanz des Anderssein, das Eintreten gegen jede Form von Rassismus, die kulturelle Begründung nationalen Bewusstseins im europäischen Kontext sowie die Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts auch dadurch, dass sich Minderheiten verstärkt in der Kunst und in der Alltagskultur wiederfinden können.

Wahrscheinlich gibt es auch einen Zusammenhang zwischen zunehmender Mobilisierungskraft des Kulturellen und zunehmenden weltwirtschaftlichen Abhängigkeiten. Unter den Bedingungen der Globalisierung und jenseits des ideologischen Zeitalters sind große ökonomisch begründete Systemalternativen verblasst. Nationale Wirtschaftspolitik, die auf Probleme wie den Konjunkturverlauf der Weltwirtschaft oder die Höhe regionaler Arbeitslosigkeit nur noch begrenzt einwirken kann, taugt weniger zur leidenschaftlichen Identifikation und zum parteiischen Engagement. Neue Gefährdungen der Demokratie von Wahlenthaltung und populistischem Trotz drohen, wenn Orientierung und Zukunftsperspektive verloren gehen, wenn sich die sozial Schwachen an den Rand gedrängt fühlen, wenn in der Mitte der Gesellschaft Unsicherheit und Angst zur Kehrseite von Flexibilisierung werden, wenn sich viele durch die Beschleunigung des »digitalen Kapitalismus« nicht mehr mitgenommen fühlen. Politische Erfolge von Rechtspopulisten und des aggressiven Flügels konservativer Parteien haben in vielen Ländern Europas mit der politischen Indienstnahme eines nationalen bis

nationalistischen Kulturkampfes zu tun, sind gegen das Fremde und gegen die demokratischen Institutionen gerichtet, üben sich in bewussten Grenzüberschreitungen von *political correctness*.

Auf das Verständnis von Kultur kommt es an

Hinter der Zuspitzung vom Dialog oder Kampf der Kulturen steht eigentlich die Auseinandersetzung um verschiedene Kulturbegriffe. Kultur als das Gesamt der Werte, Sitten und Gebräuche, Überzeugungen und Praktiken, die die Lebensweise einer Gruppe ausmachen: diese Definition klingt noch ganz harmlos. Problematisch wird es, wo dieser Kulturbegriff zur Verabsolutierung einer gefühlten, nicht mehr hinterfragbaren Empfindungsgemeinschaft wird, die sich aggressiv nach außen richtet. Wo mythologische und religiöse Überlieferung klare Grenzen zwischen Zugehörigkeit und Abgrenzung zieht, wo Pluralismus verteufelt und der individuelle Verstand schon unter dem Pauschalverdacht von Abweichung steht. Wo Kultur ausschließlich der Bejahung und nicht auch der Überschreitung einer spezifischen – nationalen, ethnischen, regionalen, religiösen – Identität dient. Zugespitzt: »In Bosnien oder Belfast ist Kultur nicht das, was man in den Kassettenrekorder schiebt; es ist das, wofür man tötet«, so ein provozierender Satz des englischen Literaturtheoretikers Terry Eagleton.

Die sichere und provinzielle kulturelle Gemeinschaftsidentität begegnet der modernen Gesellschaft, in der kulturelle Vielfalt zu einer universellen Macht, irritierend diffus und instabil, geworden ist. Hier liegt wohl die Grundkonstellation so manches »Kulturkampfes«. Die Konstruktion einer reinen kulturellen Identität, die primär durch die aggressive Ausschließung des Anderen erzeugt wird, um reinigende Erklärungen, stärkende Gewissheiten, scheinbar widerspruchsfreie Identifikationschancen, greifbare Heilserwartungen und klare Zuweisungen von Schuld und Sünde zu schaffen, wurde von Thomas Meyer treffend mit dem Etikett »Identitätswahn« versehen.

Dem steht auf der anderen Seite, gewissermaßen gegenläufig, eine positive kulturelle Wirkungsrichtung gegenüber: Kulturelle Ressourcen ebnen in der globalisierten Welt der Gegenwart auch die Wege für die kulturübergreifende Zusammenarbeit von Bürgerinnen und Bürgern, wie die wachsende Bedeutung transnationaler Netzwerke und zivilgesellschaftlicher Organisationen zeigt. Darum geht der politische Konflikt, wenn man so will der Kampf *um* die Kultur: Was setzt sich durch – Tendenzen der identitätspolitischen Abschottung oder Tendenzen der kosmopolitischen Öffnung kultureller Traditionen?

Ein demokratischer Begriff von Kultur ist offen und tolerant, Kultur wird als integratives und integrierendes System verstanden. Es geht – in den Worten von Geoffrey Hartmann – um die »konzentrierte Anstrengung, Zugang zur Welt zu finden und deren quälende Unheimlichkeiten symbolisch zu bearbeiten und zu verwinden: symbolischer Ackerbau, Partizipation«. Es geht um den Sinn für die mögliche, für eine andere, eine bessere Wirklichkeit. Kunst und Kultur sind –

sinnlich und intellektuell – Räume menschenverträglicher Ungleichzeitigkeit, und damit entscheidendes Lebensmittel für jede demokratische Zivilgesellschaft. Auch wenn sie nicht immer direkt gesellschaftskritisch und politisch auftreten, schaffen Kunst und Kultur Gegengewichte in einer Welt aus Zweckbestimmungen und Funktionalisierungen. Kunst und Kultur sind Erfahrungsräume für den Menschen jenseits seiner beiden marktgerechten Rollen als Arbeitskraft und Konsument. In Kunst und Kultur drückt sich der Wunsch nach individueller Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aus. Das offene Kulturverständnis lässt sich zusammenfassen als niemals abgeschlossenes, prozessuales Selbstgespräch in der demokratischen Gesellschaft; als schöpferische, künstlerische, literarische, musikalische, kritisch-intellektuelle Auseinandersetzung auf der Grundlage von Werten, Erfahrungen, tradiertem Wissen und von Weltdeutungen. Dies geht kaum ohne utopischen Überschuss, auch auf der Suche nach der besten Form politischer Ordnung.

Damit ist ein kritischer und demokratischer Kulturbegriff abgegrenzt vom Kulturkonzept des Fundamentalismus, des Nationalismus und des Ethnozentrismus. Ein dogmatisch-intolerantes, Feindbilder brauchendes Identitätskonzept, das aus einer Partikularität ein Substrat der Notwendigkeit macht – das war etwa die (Un-)Kultur der Taliban in seiner extremsten Form. Es gilt, wachsam zu sein, ob es nicht Elemente hiervon, etwa wenn die »Achse des Bösen« beschworen wird, auch im freien Westen gibt.

Aber wird Kultur nicht auch aus gewissermaßen entgegengesetzter Richtung gefährdet? Benjamin Barber analysiert ja den *Dschihad*, den heiligen Krieg, als die eine und *McWorld* als die andere Seite der globalen Bedrohung von sozialer Demokratie. Es gehe um die »vom expansionistischen Kommerz hervorgetriebene Massenkultur«.

Doch lassen wir die Kirche im Dorf. Sicher erlebte die angelsächsisch dominierte globale Popkultur einen schier unaufhaltsamen und grenzenlosen Aufstieg. Horst W. Opaschowski spricht davon, Freizeit werde immer mehr als »Kultur-Konsum-Unterhaltungszeit« erlebt: »Warenkonsum, Erlebniskonsum und Kulturkonsum lassen sich kaum mehr voneinander trennen, zumal Wirtschaft und Industrie in Produkt-Werbung und Promotions-Marketing gezielt und verstärkt mit kulturellen Elementen und kulturellen Zusatznutzen arbeiten.« Dies hat natürlich Vorteile: Vergessen wir nicht, der kulturelle »Lange Weg nach Westen« (so das zweibändige Werk deutscher Geschichte von Heinrich August Winkler) bedeutete eben auch die Überwindung eines autoritär-deutschen Charakters, des von Heinrich Mann 1918 so treffend geschilderten »Untertan«. Kultur wird demokratisiert, wird zum normalen Bestandteil von Freizeit und Tourismus, Kultur ist nicht mehr eine elitäre Angelegenheit, die Aufhebung der U- und E-Grenzen bringt auch der traditionellen bürgerlichen Hochkultur Vorteile.

Trotzdem bleibt Kulturkritik zu Recht ein wesentliches Element des kulturellen Prozesses: Wie sehr geht es nur noch um seichte Unterhaltung? Welches Niveau hat diese und wo spielen Sinnfragen noch eine Rolle? Gibt es noch Freiräume

für die politische Funktion und das utopische Korrektiv des Intellektuellen und Künstlers? Müssen wir nicht auch die Sphäre des Privaten, der zivilgesellschaftlichen Beziehungen, der freien musischen Tätigkeit gegen den totalen Zugriff von Massenmedien und Kulturindustrie verteidigen?

Kein Kulturkampf gegen den Islam

Das – globale wie lokale – Aufeinandertreffen von Kulturen ist zu einem vorrangigen Feuilletonthema geworden. Die radikalsten Sichtweisen dieser – übrigens weltweiten – Debatte (bei der die Verurteilung des Terrorismus natürlich außer Frage stand) kamen auf der einen Seite von der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy, die um Verständnis für das Gefühl der Demütigung der unterentwickelten Welt warb: »Außerhalb der eigenen Grenzen die Freiheit zu dominieren, zu erniedrigen und zu unterwerfen – gewöhnlich unter die wahre Religion Amerikas, den ›freien Markt.« (Der Spiegel 44/2001) Auf der anderen Seite überspitzte der französische Philosoph Bernard-Henri Levy: »Der Islam in seiner fundamentalistischen Form ist in gewisser Weise der dritte Faschismus, der grüne Faschismus nach dem braunen und dem roten.« (Der Spiegel 49/2001)

Auch in Deutschland äußerten sich Schriftsteller und Intellektuelle in Aufrufen, Statements und Aufsätzen dazu, was moralische Politik im Spannungsverhältnis von Fremdheit und Integration sein könnte. Eine zentrale Aussage war sicher, den Terror als Form »privatisierter Gewalt« (Erhard Eppler) nicht mit berechtigter Globalisierungskritik zu verwechseln. Eine andere Erfahrung ist, dass jetzt auch manche Illusionen eines oberflächlichen Multikulturalismus auf dem Prüfstand stehen. Denn bei aller kulturellen Toleranz führt kein Weg an einem normativen Minimalkonsens vorbei, der durchaus als universelle Geltung von Menschenrechten unter allen Regierungen und kulturellen Religionen beschreibbar ist.

Doch geht es eben nicht um den »Kampf der Kulturen« im Sinne von Samuel Huntington, an dessen Buch wir bei dieser Formulierung ja eigentlich immer denken. Es erweist sich bei genauerer Betrachtung als wenig hilfreich. Denn Huntington legitimiert – und sei es wider Willen – den Missbrauch kultureller Argumente für die Entfachung und Rechtfertigung von Konflikten, deren Ursache entgegen dem ersten Anschein gerade nicht in der prinzipiellen Unverträglichkeit unterschiedlicher Kulturen zu finden sind. Er bietet allen, die den Kampf der vermeintlichen kulturellen Identitäten an die Stelle von Kooperation, Verhandlung und Verständigung setzen wollen, ein Arsenal von Berufungsgründen. Und was es besonders folgenreich macht, dies gerade für die USA, der Führungsmacht des Globalisierungsprozesses.

Die westliche Zivilisation steht nicht einfach gegen *den* Islam, sondern es geht darum, sich unserer gemeinsamen kulturellen Grundbestände zu vergewissern. Es geht um Humanität, um Demokratie und Freiheit, um Menschen- und Bürgerrechte – was es übrigens alles ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit

nicht gibt. Aber sind nicht Elemente dieser universalistischen Prinzipien in allen Religionen und großen Philosophien zu finden? Dann ginge es darum, in diesen Kulturen diese Seite von Weltoffenheit, Toleranz und Menschlichkeit zu fördern und dort gegenzuhalten, wo Unterdrückung, apokalyptische Sehnsüchte, Gewaltbereitschaft und arroganter Alleinvertretungsanspruch gedeihen.

Zehn Thesen zum interkulturellen Dialog

Erstens haben wir gelernt, dass wir eine fanatische, global operierende Minderheit an weiteren Morden hindern müssen. Wenn dies nicht ohne Gewaltanwendung geht, muss uns im Bewusstsein bleiben, dass es sich dabei um den unzureichenden, aber leider notwendigen Versuch handelt, verlorene Sicherheit wieder herzustellen. Gewalt kann ein notwendiges, darf aber niemals das einzige Mittel der Konfliktbearbeitung sein. Ergänzend brauchen wir internationale Kriminalitätsbekämpfung und eine internationale Gerichtsbarkeit, der sich auch die USA nicht entziehen dürfen.

Zweitens ist es selbstverständlich höchste Zeit, sich des interkulturellen Dialogs konkreter als in Sonntagsreden zuzuwenden. Hoffnungsvollen Ansätzen, wie etwa der Demokratieerklärung des *Islamrats für die Bundesrepublik Deutschland*, gilt es, Dauer zu verleihen. Auch die europäische Perspektive für die Türkei zählt hierzu.

Drittens geht es darum, keine falschen Feindbilder zu zeichnen. Die Inanspruchnahme von Religion, von Kultur zur Begründung von Terror ist deren schlimmster Missbrauch. Zu klären wäre, wie ein richtig, weil umfassend verstandener »Dialog der Kulturen und Religionen« geführt werden kann. Der Dialog sollte sich nicht darin erschöpfen, dass sich Geistliche und Gelehrte aus Islam und Christentum, aus Buddhismus und Judentum an einen runden Tisch setzen und über Unterschiede und Gemeinsamkeiten ihrer Religionen reden. Das ist gewiss wichtig, aber es reicht nicht.

Denn *viertens* führt die voran schreitende Globalisierung unweigerlich zu einem intensiveren Austausch und zur Vermischung verschiedener Kulturen, der oft erwünscht und fruchtbar ist, manchmal aber auch erzwungen und konfliktträchtig. Um das Mindeste und doch Wichtigste zu erreichen – nämlich friedliche Koexistenz – müssen wir lernen, religiöse Differenzen und interkulturelle Spannungen auszuhalten. Ist es nicht eine Stärke unserer offenen Gesellschaften, über das Verstehen-Wollen des Anderen, Fremden, Gegensätzlichen angemessene Antworten auf diese Herausforderung zu finden? Sicher: Toleranz ist eine schwierige, herbe Tugend, die so ziemlich das Gegenteil ist von bequemem *laissez-faire*, von Werterelativismus, von Überzeugungslaxheit. Die notwendige Voraussetzung für einen Dialog der Kulturen kann Toleranz nur dann sein, wenn sie nicht auf Indifferenz, sondern auf gegenseitigem Respekt beruht. Eine richtig verstandene Toleranz liegt in dem Versuch, immer wieder neu die unterschiedlichen Werthaltungen, Entscheidungsgrundlagen und Erwartungen auszuloten, die die Ursache so

vieler Konflikte sind. Die dafür notwendigen Kommunikations-, Verständigungs- und Übersetzungsprozesse zu organisieren, ist die eigentliche und wichtigste Aufgabe des Dialogs der Kulturen.

Fünftens ist dieser Dialog nicht nur eine abstrakte, internationale Aufgabe, er muss hier und heute geführt werden: Nahezu 3 Mio. Muslime leben in Deutschland – ist uns diese Herausforderung wirklich bewusst? Was tun wir gegen das Entstehen von »türkischen Wohnghettos« in unseren Städten? Wie gehen wir mit dem komplizierten Geflecht von Religionsfreiheit und dem Schutz Jugendlicher vor religiös-fundamentalistischer Indoktrination um? Wie können wir die deutschen Sprachkenntnisse als Integrationsvoraussetzung verbessern? Bildungsdefizite, siehe PISA-Studie, Spitzen der Jugendarbeitslosigkeit treten ja konzentriert auf. Wie ist Zuwanderung steuerbar, niemanden überfordernd und trotzdem der humanen Verantwortung gerecht werdend? Es geht nicht nur um Bedrohungen, sondern auch um Chancen. Dazu müssen wir mehr *Kulturforen* schaffen, auf denen in Deutschland Christen, Atheisten, Moslems und Juden miteinander produktiv und friedlich streiten können.

Sechstens besteht für den Islam die wohl größte Zumutung darin, sich der Konfrontation mit der westlichen Offenheit, mit Säkularisierung und Religionsfreiheit auszusetzen. Der Weg dahin, also zur Trennung von Kirche und Staat, zur deutlichen Unterscheidung von Religion und Politik, der Prozess der Aufklärung also, hat in Europa einige hundert Jahre Zeit gebraucht, und nun wird er den islamischen Gesellschaften binnen kürzester Frist abverlangt. Dies als Zumutung zu erkennen, heißt nicht, sie den islamischen Gesellschaften zu ersparen. Doch es heißt anzuerkennen, dass jedes Land seinen eigenen Weg in die Moderne finden muss. Und dass wir ungeduldig und geduldig zugleich sein müssen.

Siebtens: Die Vermischung und Durchdringung verschiedener Kulturen – man kennt den ethnologischen Begriff der *Kreolisierung* – findet keineswegs unter gleichen Voraussetzungen, mit gleichen Kräften statt. Was wir heute als Globalisierung verstehen, ist eine westlich dominierte Wirtschaftsmacht, die sich über entgrenzte Märkte ausbreitet, die in alle Kulturen eindringt und die gewissermaßen versucht, die Menschen auf ihre ökonomischen Funktionen als Konsumenten und Produzenten zu reduzieren. Der Drang nach immer höheren Profiten als oberste Maxime menschlichen, gesellschaftlichen Handelns – diese gar nicht so fiktive Vorstellung verursacht selbst in den westlichen Gesellschaften, die als Quellen und Ausgangspunkte der Globalisierung dingfest gemacht werden können, eine gute Portion Unbehagen. Wie sehr muss sie dann die Gesellschaften irritieren, die sich als Opfer einer Entwicklung begreifen müssen, die sie selber nicht beeinflussen können? Wirtschaftliches Handeln schafft und befördert von jeher Kontakte zwischen Kulturen, bewirkt aber auch Übervorteilungen und Spaltungen in Erfolgreiche und Erfolglose und begründet dabei Konflikte, in deren Dienst kulturelle und religiöse Gefühle und Überzeugungen geraten.

Achtens hat der Westen viel zu lange die Augen davor verschlossen, welche Folgen die ökonomische Globalisierung interkulturell hat, ja haben muss – gerade

für die Menschen in den Ländern der südlichen Hemisphäre: Kulturelle Verletzungen sind die andere Seite der Medaille »Globalisierung«. Wenn Menschen glauben, die eigene Kultur werde verdrängt, die Religion missachtet, ihre Bindungen würden aufgelöst, dann folgen ihre Reaktionen bekannten Mechanismen – übrigens nicht nur in den islamischen Ländern, sondern auch bei uns. Hier wie dort besteht die Gefahr, dass Überforderungsängste und Vereinfachungsbedürfnisse radikale Antworten suchen.

Neuntens geht es um Gerechtigkeit als Perspektive der Politik. Es ist kein Geheimnis, dass – mehr als alles andere – verweigerter Anerkennung, soziale Benachteiligung, gesellschaftliche Ausgrenzung und politische Hoffnungslosigkeit dem ethnischen und religiös-kulturellen Fundamentalismus die Anhänger zutreiben. Sie suchen in ihm, was sie in ihrer sozialen Erfahrungswelt nicht finden können: Lebenschancen, Anerkennung und Gerechtigkeit. Kulturelle Differenz und nationale Identität sind nicht die eigentlichen Ursachen der Verfeindung, sondern nur das Medium, in dem Erfahrungen verweigerter Anerkennung und sozialer Ungerechtigkeit ihren Ausdruck finden. Chauvinistischer Nationalismus und kultureller Fundamentalismus sind immer ein Risiko für das menschliche Zusammenleben, ganz gleich von welcher Kultur, Religion oder Gesellschaft sie ausgehen. In einer Welt der Globalisierung werden sie zur akuten Bedrohung. Sie sind jedoch nirgends in der gegenwärtigen Welt das eigentliche Wesen der Nationen, Religionen und Kulturen; aber keine von ihnen ist vor ihren Exzessen gefeit, wo politische Macht sie lohnenswert findet und soziale Krisen ihren Erfolg wahrscheinlich machen.

Zehntens brauchen wir eine »Weltinnenpolitik« als politische Steuerung der Globalisierung zur Bekämpfung von Ausbeutung und Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, von Hunger, Not und Seuchen. Davon hatte schon Willy Brandt gesprochen. Das erfordert auch eine »Weltsozialpolitik«, die unter Wahrung kultureller Eigenheiten menschenwürdige Lebensbedingungen, ein Mindestmaß an materieller, sozialer Sicherheit und bessere Bildungschancen schafft. Die Forderung, der Globalisierung ein humanes Gesicht zu geben, kann nicht länger als ideologische oder gar weltfremde Pauschalkritik am Kapitalismus abgetan werden. Der unbestreitbare Markterfolg der westlichen Wirtschaft darf nicht als Rechtfertigung für ihre ungehemmte, ungezügelter Expansion dienen – schon gar nicht mit dem Ziel einer »global homogenisierten Kultur«, von der etwa der amerikanische Philosoph Richard Rorty schwärmte. Erfüllen wird sich diese Hoffnung einer kooperativen, friedlichen, menschen- und kulturverträglichen Welt nur, wenn der ökonomischen Globalisierung die kulturellen, religiösen, zivilisatorischen Bedingungen beigebracht werden, durch welche die in sich vielfältige »eine Welt« mehr sein kann als nur ein globaler *Markt* – und mehr als *eine* globale Kultur. Deshalb brauchen wir eine weltweit verträgliche, zivilisatorische *corporate identity*, die sich gründet auf gleichberechtigte Zusammenarbeit, auf den Respekt vor unterschiedlichen Kulturen und Lebensformen und auf einer gemeinsamen Orientierung an den universalen Menschenrechten.